

## **FDP Haushaltsrede 2024**

Sehr geehrter Herr Stohldreier,

sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem der Ukraine-Krieg schon seit fast 2 Jahren wütet und täglich unschuldige Opfer fordert, kam im Oktober der unvorstellbare Terrorangriff der Hamas aus dem Gaza-Streifen auf Israel hinzu. Die Welt wird zunehmend instabiler und unsicherer. Wir verurteilen diesen Terrorakt auf schärfste und halten den militärischen Einsatz Israels im Gaza-Gebiet nicht nur für legitim, sondern für dringend notwendig, um die Terrororganisation Hamas vollständig zu zerschlagen. Denn nur so kann die Existenz Israels dauerhaft gesichert werden. Die Ukraine befindet sich in einem kräftezehrenden Abnutzungskrieg ohne wirkliche Erfolge oder Landgewinne. Hier ist unsere finanzielle und militärische Unterstützung weiterhin notwendig, damit der Aggressor Putin nicht gewinnt und das nächste Land angreift.

Diese weltweiten Brandherde sowie die schlechte wirtschaftliche Situation in vielen Ländern haben einen andauernden und ungebremsen Zustrom an Flüchtlingen zur Folge. Wir müssen uns eingestehen und akzeptieren, dass wir als Land nicht in der Lage sind allen Menschen, die ihre Lebenssituation verbessern wollen, aufzunehmen. Das wird uns finanziell und gesellschaftlich nicht gelingen. Deshalb muss das Asylrecht reformiert und die finanzielle Unterstützung auf ein europäisches Maß reduziert werden. Deutschland darf nicht mehr das mit Abstand attraktivste Land für Flüchtlinge sein. Es muss zu einer fairen und gleichmäßigen Verteilung der Flüchtlinge in ganz Europa kommen. Darüber hinaus tritt die Gemeinde als zusätzlicher Wettbewerber auf dem Wohnungsmarkt durch die Anmietung von Mietflächen für Flüchtlinge auf. Hierdurch wird die bereits angespannte Situation bei der Verfügbarkeit von Mietwohnungen noch verschärft. Wir setzen uns deshalb für die Schaffung von gemeindeeigenen Unterkünften ein, damit der angemietete Wohnraum wieder freigegeben werden kann.

Neben den grausamen Kriegen und der Flüchtlingskrise rollt ein weiterer Tsunami, und zwar eine ausgewachsenen Wirtschaftskrise auf uns zu. Die Wirtschaftsleistung nimmt laufend ab, in der Bau- und Immobilienwirtschaft ist es zu deutlichen Auftragsrückgängen gekommen. Die Industrie zieht sich aufgrund der hohen Energie- und Arbeitskosten aus unserem Land zurück. Ganze Produktionsstätten werden ins Ausland verlagert. Hinzu kommen katastrophale Ergebnisse bei der jüngsten Pisa-Studie. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen steht uns eine schwierige Zukunft mit einem Wohlstandsverlust bevor.

Der eingebrachte Haushaltsentwurf sah ein ausgewiesenes Defizit von über 4 Mio. € vor. Im Laufe der Etatberatungen hat uns jedoch eine unerwartete, aber sehr erfreuliche Nachricht ereilt. Die Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2023 fallen ca. 3,1 Mio. € höher aus als erwartet. Damit wird

auch der Haushalt in diesem Jahr mit einem Überschuss bzw. positivem Ergebnis von ca. 290T€ abschließen. Für den kommenden Haushalt 2024 wird der Ansatz der Gewerbesteuereinnahmen um ca. 710T€ erhöht. Das Defizit verringert sich mit Sondereffekten auf ca. 2,8 Mio. €. Damit sind wir in der Lage die Höhe der Gewerbesteuer konstant zu halten. Die ursprünglich vorgesehene Erhöhung kann damit vermieden werden, wobei wir hier auch unser Veto eingelegt und einer Steigerung nicht zugestimmt hätten. In diesem Fall jedoch tragen wir den Haushalt mit, obwohl ein derartiges Defizit dauerhaft als zu hoch einzustufen ist. Wir haben im kommenden Jahr die Aufgabe, alle Ausgaben auf ihre Höhe und Notwendigkeit hin zu überprüfen. Das aktuelle Haushaltsminus darf sich in den kommenden Jahren nicht verfestigen. Das würde zwangsläufig zu einer Haushaltssicherung und damit Handlungsunfähigkeit führen. Diese Einschränkung bei der Haushaltsführung muss unbedingt vermieden werden. Bei den diesjährigen Haushaltsberatungen ist zu keiner einzigen Einsparung bei den Ausgaben gekommen. Das wird sich beim nächsten Haushalt definitiv ändern müssen.

Der Haushalt erhält jedoch viele sinnvolle und zukunftsweisende Investitionen. Insbesondere ist der Neubau und die Sanierung des Profilschulstandortes in Ascheberg zu nennen. Das Investitionsvolumen von 32,5 Mio. € ist die mit Abstand größte Investition, die jemals getätigt wurde. Zur Einhaltung dieser Kosten haben wir uns für ein engmaschiges Baukostencontrolling eingesetzt, um eine Überschreitung der eingeplanten Budgets unbedingt zu verhindern. Dieses Bauvorhaben werden wir auch in Zukunft eng begleiten und die Baukosten im Auge behalten. Eine weitere große Investition ist bei den geplanten Windkraftanlagen über die AGEG vorgesehen. Dieses finanzielle Engagement sehen wir äußerst kritisch und lehnen eine Beteiligung der Gemeinde Ascheberg an Windkraftprojekten ab. Es ist nicht Aufgabe einer Kommune als Investor in die Stromerzeugung zu investieren. Bis jetzt konnte noch kein wirtschaftlich tragfähiges Konzept mit einer Kosten-Nutzen-Analyse sowie einer Risikobewertung vorgelegt werden. Die neue Gestaltung des Eschenplatzes sowie die anstehende Erneuerung der Sandstraße führt zu einer deutlichen Aufwertung unseres Ortskerns aus städtebaulicher Sicht. Parallel dazu müssen wir die Attraktivität durch ein breiteres Handelsangebot steigern. Wir möchten im kommenden Jahr gemeinsam mit allen Beteiligten aus der Verwaltung, der Politik und natürlich den ortsansässigen Geschäften einen Fahrplan entwickeln, wie wir mehr Handelsflächen in den Ortskern bekommen. Ich möchte mich im Namen der Freien Demokraten bei allen Mitwirkenden, insbesondere bei Ihnen Herr Bürgermeister und der Verwaltung, für Ihre geleistete Arbeit bedanken. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien in dieser nicht einfachen Zeit besinnliche Weihnachten und einen erfolgreichen gesunden Start ins neue Jahr. Bleiben Sie Gesund und zuversichtlich. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.